

Die Zukunft europäischer Sicherheit

Wie Deutschland den europäischen Pfeiler der NATO trotz des drohenden US-Rückzugs stärken kann

Die USA haben sich einer globalen Großmächtekonkurrenz verschrieben. Ihr Führungsanspruch in der NATO wird im Lichte einer Neuorientierung gen Ostasien hinsichtlich der Bündnisverteidigung abnehmen, von Fragen der Krisenintervention außerhalb des NATO-Raums ganz zu schweigen. Deutschland kann diese Entwicklung weder durch einen Appell an gemeinsame Werte noch durch die Annäherung an das Zwei-Prozent-Ziel umkehren. Die Grünen sollten die US-amerikanische Neuorientierung akzeptieren und ihre Position zur atomaren Abrüstung überdenken. Deutschland muss fortan von Frankreich und dem Vereinigten Königreich Sicherheit für ganz Europa einfordern, die Beziehungen zu Russland verbessern und auf kurzfristige nationale Wirtschaftsinteressen im Sinne des europäischen Zusammenhaltes verzichten.

Schlagworte: US-Neuorientierung, NATO, Europäischer Zusammenhalt, Bündnisverteidigung, Nukleare Teilhabe

von Payam Ghalehdar

Kontext

Seit der NATO-Gründung sind die USA der Sicherheitsgarant Europas. Im Gegenzug für US-amerikanischen Schutz boten die NATO-Mitglieder Europas den USA bis 1990 Anti-Kommunismus und nach der Wende militärische Unterstützung in Kriseninterventionen außerhalb des NATO-Raums.

Diese Übereinkunft ist nun obsolet. Die Neuorientierung der USA gen Ostasien geht mit einem Bedeutungsverlust Europas einher. Für zwei der 2010 im Strategischen Konzept der NATO definierten Kernaufgaben – Bündnisverteidigung und Krisenmanagement – bedeutet diese Entwicklung, dass die Kohäsion der NATO ungeachtet der Zusammensetzung künftiger US-Regierungen sinken wird.

Deutschland kann den Bedeutungsverlust Europas in der US-Außenpolitik nicht umkehren. Ein Appell an gemeinsame Werte ist wirkungslos – diese waren nie die entscheidende Triebkraft der Allianz –, ein Erhöhen des Verteidigungsbudgets – Stichwort Zwei-Prozent-Ziel – wäre lediglich ein weiterer Grund für die USA, ihre Sicherheitsgarantien zu reduzieren. Die USA werden ihre Bündnisverpflichtungen künftig davon abhängig machen, inwieweit die europäischen NATO-Partner, insbesondere Deutschland, Chinas ökonomischem Aufstieg Vorschub leisten. Ob die NATO mittelfristig „ein unverzichtbarer Bestandteil“ europäischer Sicherheit bleibt,¹ liegt somit nicht zuletzt in US-amerikanischer Hand.

¹ „Veränderung in Zuversicht“. Zwischenbericht zum Grundsatzprogramm, März 2019, S. 35.

Analyse

Das sinkende Interesse der USA an Europas Sicherheit stellt die deutsche Außenpolitik vor große Herausforderungen. Kann Deutschland den US-amerikanischen Fokus auf China nicht beeinflussen, so sollte zumindest die Kohäsion der europäischen NATO-Mitglieder gestärkt werden. Dazu sind folgende Schritte nötig:

Erstens muss Deutschland am Fortbestand der Bündnisverteidigung auch nach einem US-amerikanischen Rückzug mitwirken, sonst könnten die USA die europäische Abhängigkeit für ihre Forderung nach einer gemeinsamen ökonomischen Front gegen China nutzen oder ihre Sicherheitsgarantien bilateralisieren und somit den europäischen Zusammenhalt gefährden.

Die Grünen sollten im Hinblick auf die nukleare Abschreckung fordern, dass sich Frankreich und Großbritannien explizit zur erweiterten Abschreckung bekennen, d.h. ihr Schutzversprechen auf die gesamte europäische NATO ausweiten. Deutschland braucht kein eigenes Atomprogramm. Doch ein Beharren auf atomarer Abrüstung in Frankreich und Großbritannien – eine zumindest implizite Forderung des Zwischenberichts zum Grundsatzprogramm² – wäre verfrüht und kontraproduktiv.

Hierbei sollte Deutschland rein bilaterale, sicherheitspolitische Absprachen mit Frankreich vermeiden, um gerade in Osteuropa keinen Eindruck einer Hierarchisierung innerhalb Europas zu erzeugen. Mit einem britisch-

² Ebd., S. 36.

französischen Schutzversprechen, das auch die osteuropäischen NATO-Mitglieder einbezieht, wären zudem die in Deutschland stationierten US-Atomwaffen obsolet. Die USA bemühen sich ohnehin um U-Boot-gestützte Alternativen zur nuklearen Teilhabe.³ Im Zuge dessen lässt sich ein Ende der nuklearen Teilhabe möglicherweise nicht verhindern. Im Gegensatz zum Bundestagswahlprogramm 2017 sollten die Grünen dies jedoch nicht lautstark fordern.⁴

Zweitens sollte Deutschland auf eine Entspannung der NATO-Beziehungen zu Russland hinarbeiten. Die europäische Sicherheit hängt nicht nur von der eigenen Verteidigungsfähigkeit ab, sondern auch vom Platz Russlands in der europäischen Sicherheitsordnung. Die US-amerikanische Neuorientierung gen Ostasien bietet den europäischen NATO-Mitgliedern die Gelegenheit, die Beziehungen zu Russland zu verbessern. Aus einer Position der Stärke heraus sollte der Dialog zu Russland intensiviert werden, etwa im Rahmen des NATO-Russland-Rates. Um der Bedrohungswahrnehmung Polens und der baltischen Staaten Rechnung zu tragen, sollte auf einen Abzug der neu stationierten russischen Mittelstreckenraketen hingewirkt werden.

Drittens dürfen kurzfristige wirtschaftliche Vorteile das langfristige strategische Ziel des europäischen Zusammenhalts nicht gefährden. Das bedeutet zum einen, dass

Projekte wie Nord Stream 2 nicht im Alleingang durchgeführt werden sollten. Zum anderen sollte Deutschland mit ökonomischen Initiativen – etwa mit gemeinsamen Staatsanleihen (Eurobonds) und einer Stärkung der Europäischen Investitionsbank – die Stabilität und Kohärenz des europäischen Wirtschaftsraums stärken, damit chinesische Vorstöße, wie etwa der 17+1-Gipfel oder die Neue Seidenstraße, nicht zu einer Spaltung Europas führen.

Fazit

Die USA werden ihre Rolle als Sicherheitsgarant Europas reduzieren. Gerade weil die Geschichte des Kontinents zeigt, dass eine Friedenssicherung ohne externe Mitwirkung schwierig ist, muss der europäische Zusammenhalt im Zuge des US-amerikanischen Rückzugs oberste Priorität genießen. Um dies zu gewährleisten, sollten die Grünen britische und französische Sicherheitsgarantien für alle europäischen NATO- (und EU-)Mitglieder fordern, dazu aufrufen, dass die NATO die Beziehungen zu Russland verbessert und fordern, dass der europäische Zusammenhalt nicht durch kurzfristige wirtschaftliche Vorteile gefährdet wird.

Literatur:

- >>> Bundestagswahlprogramm 2017. „Zukunft wird aus Mut gemacht“
- >>> 2018 US Nuclear Posture Review, <https://media.defense.gov/2018/Feb/02/2001872886/-1/-1/1/2018-NUCLEAR-POSTURE-REVIEW-FINAL-REPORT.PDF>
- >>> Zwischenbericht zum Grundsatzprogramm. 2019. „Veränderung in Zuversicht.“

Payam Ghalehdar, Lehrstuhl für Internationale Beziehungen, Universität Göttingen

Das [Forum Neue Sicherheitspolitik](https://www.boell.de/de/forum-neue-sicherheitspolitik) der Heinrich-Böll-Stiftung wurde im November 2019 gegründet und vereint grün-nahe Expert/innen der Außen- und Sicherheitspolitik, die das 40. Lebensjahr noch nicht erreicht haben. Ziel des Forums ist es, den grünen und grün-nahen sicherheitspolitischen Nachwuchs zu fördern, und *mid-career* Expert/innen in Regierungsinstitutionen, Think Tanks, Forschungsinstituten und Parlament zu stärken und zu vernetzen. Die Mitglieder des Forums interagieren als unabhängige Expert/innen ohne Zwang zum Konsens und ohne Anbindung an die Partei- oder (im Falle von Mitarbeiter/innen von Regierungsinstitutionen) an die Regierungslinie. <https://www.boell.de/de/forum-neue-sicherheitspolitik>

³ 2018 US Nuclear Posture Review, S. 12.

⁴ „Zukunft wird aus Mut gemacht“. Bundestagswahlprogramm 2017, S. 84.